Position nicht mit seinem Gewissen vereinbaren kann.

SPIEGEL: Herr Altmaier, könnte die Union eines Tages mit den Piraten regieren?

Altmaier: Ich glaube, die Piraten sind für keine etablierte Partei ein Koalitionspartner. Wie wollen Sie mit einer Partei regieren, deren Abgeordnete ständig die Basis befragen, wie sie abstimmen sollen?

SPIEGEL: Wollen Sie überhaupt regieren, Frau Weisband?

Weisband: Ich weiß nicht. Eine Utopie ist, dass die anderen Parteien sich ganz doll an den Kopf fassen, Angst vor den Piraten kriegen und anfangen, unsere Ideen zu klauen. Das würde mich freuen. Wenn die anderen unsere Ideen stehlen, könnten wir uns guten Gewissens auflösen.

SPIEGEL: Das Ziel der Piraten ist die Selbstauflösung?

Weisband: Ja. Unser Ziel ist, uns selbst überflüssig zu machen.

SPIEGEL: Sie haben sich in Ihrem Blog darüber beklagt, dass die Medien sich nur für Ihr Aussehen interessieren. Hat man als fotogene Frau nicht auch Vorteile?

Weisband: Nur oberflächlich betrachtet. Ich werde von den Medien stark sexualisiert. Man hört kaum auf das, was ich inhaltlich zu sagen habe.

SPIEGEL: Geht Ihnen das jetzt auch so?

Weisband: Nein, kein Stück. Ich habe inzwischen ja auch eine Art Gegenöffentlichkeit aufgebaut und offensiv über diesen Alltagssexismus geschrieben. Jetzt will keiner mehr der Depp sein, der sich über meinen Lippenstift verbreitet.

SPIEGEL: Herr Altmaier, hatten Sie je den Eindruck, dass Ihr Äußeres von Ihren Inhalten ablenkt?

Altmaier: Ich glaube, dass ich ein sehr markantes Äußeres habe. Das ist zum einen ein Vorteil, weil es auch Aufmerksamkeit schafft, zum anderen habe ich in meiner politischen Tätigkeit oft genug erfahren, dass man vom Äußeren nicht auf die Inhalte schließen kann.

SPIEGEL: Hat man Nachteile in der Politik, wenn man nicht dem gängigen Schönheitsideal entspricht?

Altmaier: Ich denke, in Deutschland ist das kein großes Problem. Helmut Kohl hat nie viel von Diäten gehalten, er war trotzdem 16 Jahre erfolgreich Bundeskanzler.

SPIEGEL: Haben Sie nie gedacht, dass eine Diät karriereförderlich sein könnte?

Altmaier: Als ich Parlamentarischer Geschäftsführer wurde, habe ich tatsächlich gefragt: Musst du jetzt etwas an dir ändern? Denn in dem Job steht man auch in der Öffentlichkeit, und ich hatte die Befürchtung, dass ich dort kaum vermittelbar sei mit meiner, sagen wir mal, vollschlanken Figur. Bisher war das aber kein Problem, und ich finde, das zeigt auch, wie seriös die deutsche Gesellschaft ist.

SPIEGEL: Frau Weisband, Herr Altmaier, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

BILDUNG

Pleite statt Elite

Trotz sinkender Schülerzahlen werden immer neue Privatschulen gegründet. Jetzt gibt es Anzeichen für einen überhitzten Markt – erste Einrichtungen geraten in Not.

Martin Silbernagl hat schon viele Start-up-Unternehmen gegründet, er kennt die Warnsignale, wenn eine junge Firma ins Trudeln gerät. „Man tut alles, um an Cash zu kommen."

Dieses verzweifelte Verhalten beobachtet der 41-jährige Familienvater nun auch an jener Schule, die seine Söhne besuchen. An der Berlin Cosmopolitan School („We prepare students for the future") wähnte er sie bislang gut aufgehoben: 300 Kinder in einem Gründerzeitgebäude, Abschlüsse bis hin zum Abitur, Unterricht auf Englisch, was für die beiden überwiegend in den USA aufgewachsenen Jungen gut passte.

Doch im Dezember schickte die Schule den Vertrag für das kommende Schuljahr mit überraschenden Änderungen: Die Grundschulgebühren sollten – für wohlhabende Eltern – künftig 450 Euro statt 350 Euro pro Monat betragen. Zudem wurde eine Vorauszahlung von 1350 Euro eingeführt, nebst 600 Euro Anmeldegebühr und 250 Euro für Arbeitsmittel.

Schon nach Erhalt des Schreibens, erzählt Silbernagl, hätten bei ihm „die Alarmglocken geschrillt". Wenige Tage später folgte Gewissheit für alle Eltern. Die „Überprüfung des Finanzbereichs" habe „organisatorische Mängel" und „Unregelmäßigkeiten" ans Licht gebracht, erklärte Schulgründerin Yvonne Wende in einem weiteren Brief. Indes: „Wir können die finanzielle Situation der Schule sicherlich nicht im größeren Kreis detailliert erörtern."

Seither ist das gute Gefühl der meisten Eltern, sich um das schulische Wohlergehen der Kleinen keine Sorgen machen zu müssen, verflogen. Der Berliner Senat hat eine „umfassende Überprüfung des Schulträgers eingeleitet", kurz vor Weihnachten statteten Mitarbeiter der Verwaltung der Schule einen Besuch ab.

CARSTEN KOALL / DER SPIEGEL

Berliner Schulleiterin Wende: *Rundum-sorglos-Paket mit Tücken*

Der Fall aus Berlin-Mitte offenbart ein Risiko, dessen sich Eltern von Privatschülern immer häufiger bewusst werden: Das Rundum-sorglos-Paket, das die nichtstaatlichen Bildungsanstalten gern versprechen, hat seine Tücken.

Wenn die finanziellen Mittel nicht ausreichen, wird an der Qualität gespart oder an der Gebührenschraube gedreht; im schlimmsten Fall droht die Pleite – ein Drama für jene Eltern, die doch nur das Beste für ihre Sprösslinge wollten und bereit waren, dafür tief in die Tasche zu greifen.

Schulen in privater Trägerschaft erlebten zuletzt einen beispiellosen Boom. Mittlerweile wählen über 700 000 Schüler den nichtstaatlichen Bildungsweg, rund

acht Prozent der deutschen Pennäler. Allein in Berlin öffneten mit Beginn des Schuljahrs 6 Privatschulen ihre Pforten, für weitere 13 liegen Anträge vor.

Die Nachfrage speist sich ungebrochen aus dem Pisa-Schock von 2002. Wann immer über die Defizite öffentlicher Schulen diskutiert wird, wenn überfüllte Klassen, überforderte Lehrer und marode Gebäude beklagt werden, kommen rasch die privaten Alternativen ins Gespräch.

Jeder dritte Deutsche würde laut einer Forsa-Umfrage sein Kind lieber auf eine private Schule schicken. Wer dort zahlender Kunde ist, so die Hoffnung vor allem unter bildungsbeflissenen Eltern, der darf etwas fordern und bekommt etwas geboten – von mehrsprachigen Pädagogen bis zu Bewerbungstrainings für die Kleinen.

Doch die Gleichung, wonach privat gleich gut ist, geht nicht überall auf. So musste das berufliche Gymnasium Beluga College in Bremen schließen, weil nach der Pleite der Beluga-Gruppe von Reeder Niels Stolberg das Geld fehlte. In Raben Steinfeld am Schweriner See musste sich vergangenes Jahr die Betreiberin einer Privatschule vor Gericht verantworten, weil sie zu wenig Sozialabgaben für ihre Pädagogen abgeführt und Geschäftspartner nicht pflichtgemäß bezahlt hatte. Das Ministerium entzog der Schule die Betriebsgenehmigung.

In Baden-Württemberg gingen zwei private Schulen für Kinder mit Aufmerksamkeitsdefizit in Esslingen und Münsingen pleite. Und selbst der namhafte Anbieter Phorms konnte zwei Standorte, in Hannover und Köln, nicht erhalten.

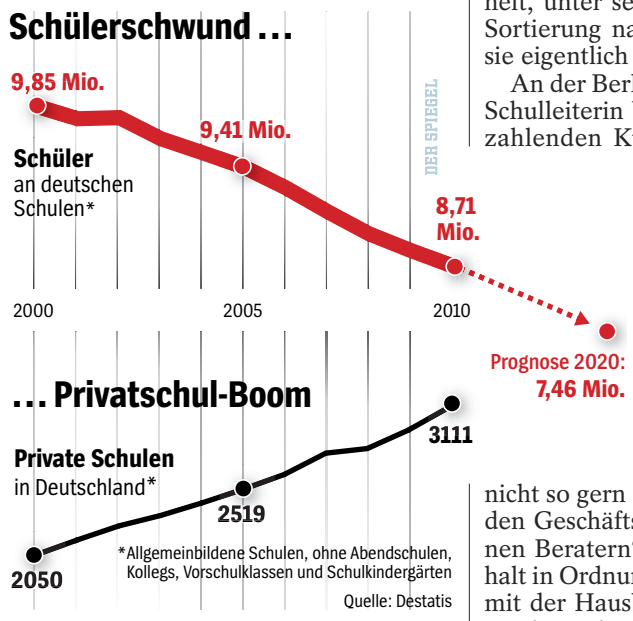
Eine private Schule zu betreiben ist in Deutschland ein schwierigeres Geschäft, als es manche ambitionierte Eltern vermuten. Zwar bekommen Ersatzschulen, die der deutschen Schulpflicht genügen, staatliche Zuschüsse. Doch die fließen nicht üppig, sogar die etablierten Waldorfschulen streiten vielerorts mit der öffentlichen Hand ums Geld. Gründer sind in den ersten Jahren auf sich allein gestellt und müssen zumeist Kredite aufnehmen.

Zudem gibt es einen mächtigen Gegenspieler: den Staat. Rund 5600 Euro gab er zuletzt durchschnittlich pro Jahr und Schüler an allgemeinbildenden Schulen aus, er kann mit dem Beamtenstatus für Lehrer aufwarten, mit Immobilien in zentraler Lage und überprüfbaren Qualitätsstandards. Da mitzuhalten ist für eine private Schule nicht einfach.

Zumal die Konkurrenz in Zukunft noch härter wird. Denn öffentliche und private Anbieter buhlen um eine sinkende Zahl von Schülern (siehe Grafik) – dem Boom droht ein jähes Ende.

Rettungspakete vom Staat sind kaum zu erwarten. Kein Politiker will sich vorhalten lassen, er werfe den Privaten Geld hinterher, während die örtliche Dorfschule wegen Schülermangel schließen muss. Brandenburg, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen haben bereits beschlossen, ihre Zuschüsse für private Bildungsträger zu reduzieren.

Im brandenburgischen Angermünde fürchtet die Freie Schule, aufgrund der Sparmaßnahmen demnächst kapitulieren zu müssen. Knapp hundert Kinder und Jugendliche lernen nach einem an Maria Montessori angelehnten Konzept. In den Klassenräumen stehen Baumstämme, die Tafeln sind mit bunten Tüchern verhängt. „Wenn wir jetzt nichts unternehmen, sind wir in ein paar Jahren pleite“, warnt Axel Kalhorn, Vorstandsmitglied des Trägervereins. Der Verein soll künftig für die Grundschule und für die Oberschule jeweils rund 30 000 Euro weniger Zuschüsse bekommen. Um das auszugleichen, müssten die Eltern ein Drittel mehr Schulgeld zahlen, was in der strukturschwachen Uckermark kaum zu leisten scheint. „Bei dem Thema sind die Eltern unheimlich



sensibel“, sagt Kalhorn. Bis zuletzt kämpften die Schulbetreiber um ihre Zuschüsse, vergebens. Im Dezember beschloss der Potsdamer Landtag die Einschnitte.

Die Folgen solcher Mittelkürzungen sind absehbar: Bei steigenden Gebühren werden private Schulen stärker denn je der wohlhabenden Schicht vorbehalten bleiben. Ein Phänomen, dem Artikel 7 des Grundgesetzes klar widerspricht, wonach „eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird“.

Doch wo ist die Grenze zur sozialen Unverträglichkeit? Das Bundesverfassungsgericht hielt 1994 ein Schulgeld von 170 bis 190 Mark für zu hoch. Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg fixierte 2005 die Zahl auf 120 Euro pro Monat, eine Summe, die auch der Privatschulverband als üblich bezeichnet. In Bundesländern wie Hamburg ist ein Höchstsatz von 200 Euro erlaubt. Die meisten Anbieter, etwa die konfessioneller Träger, kommen mit diesen Gebühren auch aus. Doch an etlichen Schulen können Eltern über solche Beträge nur müde lächeln.

An der Metropolitan School Frankfurt etwa kostet allein der Vormittagsunterricht 550 Euro pro Monat; wer das empfohlene Nachmittagsprogramm bucht, muss weitere 266 Euro aufbringen. Da fragen sich schon manche Mütter und Väter, welchen Mehrwert ihre Kinder eigentlich fürs Geld bekommen.

Dass Privatschüler leistungsstärker seien, hat der Bildungsforscher Manfred Weiß schon 2004 als Mär entlarvt: Schüler öffentlicher Gymnasien schnitten im Pisa-Test in Mathematik und Naturwissenschaften sogar besser ab als jene von privaten Schulen. Bleiben von der schönen neuen Schulwelt mit Chinesischkursen und maßgeschneidertem Lernen also am Ende oft nur Marketing und die Gewissheit, unter seinesgleichen zu sein? Eine Sortierung nach Geldbeutel, genau wie sie eigentlich vermieden werden soll?

An der Berlin Cosmopolitan School ist Schulleiterin Wende sicher, dass sie ihre zahlenden Kunden weiter überzeugen kann. Sie führt stolz durch den Ballettsaal und die Bibliothek ihrer Schule und lobt die verglasten Wände. „Wenn wir eine neue Bildungseinrichtung schaffen wollen, muss sie nach außen und innen transparent sein.“

Über die Finanzlage ihrer Schule will Wende nicht so gern sprechen. Ihr Ehemann hat den Geschäftsführer ersetzt, mit „externen Beratern“ soll der Gatte den Haushalt in Ordnung bringen; dazu stehe man mit der Hausbank im Dialog. Von einer Insolvenz könne keine Rede sein.

In der Kundschaft macht sich dennoch Ernüchterung breit. „Mein Haus, mein Auto, mein Boot, meine Schule“, so sei das Gefühl gewesen, erzählt ein Elternvertreter. Im Freundeskreis habe man gern und stolz geschildert, wie die Kinder zu Weltbürgern herangezogen würden. Nun stellen viele Eltern fest, dass es hinter der Fassade gar nicht so schön aussieht.

Bei einem Krisentreffen warnten sie die Leitung der Cosmopolitan School vor einem „ernsthaften Vertrauensverlust“. „Zufriedene Eltern können ein unschätzbares Sprachrohr für die Schule sein, frustrierte Eltern genau das Gegenteil bewirken“, sagt ein Vater. Ein anderer schreibt selbstkritisch in einer E-Mail: „Wir haben über so vieles geschwiegen.“

Sven Becker, Jan Friedmann, Manuel Heckel, Markus Verbeet